Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage
Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio
Fundaziun svizra per la protecziun da la cuntrada

Medienmitteilung SL-FP

Bern, 10. September 2022

Wird der Ständerat zum Totengräber des Landschaftsschutzes?

Zweimal innert zwei Wochen hat die Energiekommission des Ständerates (UREK) radikale Persilscheine für den Ausbau von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken ausgestellt und den Natur- und Landschaftsschutz in historischer Art kaltgestellt. Gemäss ihrem Willen sollen vorrangig im unberührten Hochgebirge oder in unseren geschützten Landschaftsikonen Grosskraftwerke erzeugt werden, die offenbar Niemand in Nähe von bereits stark genutzten Gebieten will. Die Schweizer Politik beweist hier in europäisch einzigartiger Weise, dass ihr Natur und Landschaft nichts bedeuten.

Die beiden Medienmitteilungen der Energiekommission des Ständerates vom 29.8. bzw. 9.9. lesen sich wie ein Strafgerichtsurteil. Natur- und Landschaftsschutz (ob behördliche oder private Stellen) werden zu unbefristeten Haftstrafen verurteilt und müssen sich von jeglichem Mitwirkungsprozess fernhalten. Das Sagen haben einzig und allein die zudem noch fürstlich belohnten Stromunternehmen und die Grundeigentümer, die ihr "herrenloses" Land vergolden können. Kein Land in Europa geht derart rücksichtslos mit den jahrzehntelangen Errungenschaften des Natur- und Landschaftsschutzes um wie die Schweiz. Verfassungsartikel und ratifizierte Konventionen, wie die Alpenkonvention, deren Vorsitz zudem noch die Schweiz derzeit inne hat (!), werden krass missachtet.
Es scheint der Politik offenbar mit der Gletscherschmelze nicht rasch genug zu gehen, um bereits Staumauern hochzuziehen. Die nächsten grossen Talsperren stehen schon vor der Tür: Aletschgletscher, Rhonegletscher, Zinalgletscher, Finsteraargletscher und auch der Morteratschgletscher. Auch die prognostizierten 1000 Windräder werden künftig nicht etwa in Nähe der Siedlungen gebaut, sondern auf abgelegenen Bergkuppen. Für Freiflächen-PV-Anlagen sollen mind. etwa 15 km² Hochgebirgslandschaften geopfert werden.
Landschaftsschutz spielt keine Rolle mehr. Die Interessenabwägung ist bereits vorgenommen. Wozu also noch Stromsparen oder selber PV-Anlagen auf seinen Hausdächern bauen?

Die SL ist höchst irritiert und wünscht sich mehr staatspolitische und staatsrechtliche Räson als pures wahltaktisches Gehabe.

STIFTUNG LANDSCHAFTSSCHUTZ SCHWEIZ (SL-FP)
Raimund Rodewald, Geschäftsleiter, 079 133 16 39